

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Der Kommunismus ist kein Monolith

Der Monat (Heft 137) veröffentlicht eine interessante Arbeit des amerikanischen Historikers und Pulitzer-Preisträgers *Arthur Schlesinger Jr.* unter dem Titel „Chancen eines liberalen Kommunismus“. Der Verfasser äußert in diesem Aufsatz „Gedanken nach einer Reise durch Osteuropa“, die ihn durch die Sowjetunion, durch Polen und Jugoslawien führte. Mit dem scharfen Blick des guten Beobachters und dem ordnenden Verstand des Historikers gelangt er zu Feststellungen, von denen wir hier nur einige zitieren können:

„Der Kommunismus ist kein Monolith, er schillert in allen Farben. An dem einen Ende der Skala liegt China — von einem messianischen Bewußtsein getragen, bar jeden Komforts, mit einem leidenschaftlichen und zutiefst fanatischen Hang zur Ideologie. Am anderen Ende der Skala liegen Polen und Jugoslawien — Länder, in denen spezifische Ausprägungen des Kommunismus die im letzten Jahrzehnt im westlichen Denken vorherrschenden Klischees zu verwirren und aufzulösen im Begriff sind. Zwischen diesen beiden Polen liegt die Sowjetunion, die mächtigste kommunistische Nation, eine einmalige Mi-

schung von übertriebenem Selbstvertrauen und übertriebener Unsicherheit, von außergewöhnlicher Leistungsfähigkeit und ermüdender Schlamperei, von zukunftssträchtigen Neuerungen und starrer Ideologie. Das Schwergewicht der Macht liegt natürlich auf der chinesisch-russischen Seite des Spektrums. Aus sich heraus können Polen und Jugoslawien nur wenig am internationalen Gleichgewicht der Kräfte ändern. Sollten jedoch die Erfahrungen Polens und Jugoslawiens eine mögliche Entwicklungstendenz des Kommunismus andeuten, so würde das Geschehen in diesen beiden kleineren Ländern doch von unabsehbarer Bedeutung sein. So ist die Feststellung nicht übertrieben, daß die Zukunft der Welt davon abhängt, ob die Sowjetunion weiterhin unter dem festen Griff der Ideologie bleibt oder ob sie sich allmählich zu einer nachgiebigeren, einer pragmatischen Form des Kommunismus hin entwickelt.

Heute kann nur eine einzige unbestreitbare Verallgemeinerung über die Sowjetunion ausgesprochen werden: daß sie sich in einem Zustand der unaufhörlichen Umwandlung befindet. Die seit dem Tode Stalins eingetretenen Veränderungen rufen bei den Sowjetbürgern noch immer Staunen und Entzücken hervor. Sie sprechen heute ganz frei über die schlechten Zeiten', womit sie die Periode zwischen 1948 und 1953 meinen. Wenn man sie fragt, was dieser Zeitabschnitt für sie bedeutet habe, so kommt die Antwort, daß damals

niemand seine Meinung zu äußern gewagt habe, daß jedes mitmenschliche Vertrauen fehlte, daß der ungerechte und unvorhersehbare Terror jeden ergreifen konnte ... Der Abscheu vor dem Personenkult und vor der allmächtigen Geheimpolizei kommt aus der Tiefe des Herzens ... Hinter der Redewendung von den ‚schlechten Zeiten‘ steht die durchaus zutreffende Ansicht, daß die Zeiten heute tatsächlich sehr viel besser seien. Man hört nur noch sehr selten von Verhaftungen mitten in der Nacht. Die Befugnisse der Geheimpolizei sind weitgehend eingeschränkt worden. Überall auf den Straßen Moskaus stößt man auf Menschen, die aus der Verbannung und den Arbeitslagern Sibiriens in ihre Heimat zurückgekehrt sind ... Mehr noch, Chruschtschow hat nach der Ausschaltung Malenkows dessen Wirtschaftsprogramm übernommen, und so standen die letzten zwei Jahre im Zeichen größter Bemühungen um die Hebung des Lebensstandards und der allgemeinen Wohlfahrt. Der Reisende wird, ob er will oder nicht, beeindruckt von der Vielzahl und dem Überfluß — wenn auch nicht notwendigerweise von der Qualität — der in den Warenhäusern der Großstädte zum Verkauf ausgestellten Konsumgüter.

Zu keiner Zeit seit der Revolution haben sich die Sowjetbürger so frei und wohlhabend gefühlt ... Der Sowjetbürger bekommt zum ersten Mal ein Gefühl für das Normale, für seine ‚Rechte‘ — sowohl in Hinsicht auf die persönliche Sicherheit wie auf die materielle Wohlfahrt ...“

In einem anderen Kapitel, das Schlesinger „Keine Liberalisierung ohne Entspannung“ überschreibt, lesen wir u. a.:

„Die Ruhelosigkeit der Jugend ist meiner Ansicht nach eine große Hoffnung für die evolutionäre Entwicklung der Sowjetunion.“ Und dann sagt er abschließend:

„Die wenigen Wochen meines Aufenthaltes hinter dem Eisernen Vorhang hatten für mich den großen Wert, daß sie mich wieder der Gefahr aller Abstraktionen bewußt werden ließen. Sowohl der Ostblock als auch der Westen haben es sich bisher zu leicht gemacht, die Welt einfach in ein ‚demokratisches‘ oder ‚kapitalistisches‘ und ein ‚sozialistisches‘ oder ‚kommunistisches‘ Lager aufzuteilen ... Wir haben uns dem Mystizismus des Entweder-Oder unterworfen, obwohl es heute in erster Linie darauf ankommt, den Fanatismus der Abstraktionen abzuwerfen und den empirischen Realitäten des Lebens größere Aufmerksamkeit zu schenken ... Für die Zukunft stellt sich also die Frage, ob eine Vernünftige westliche Politik zu einer Evolution der Sowjetunion nach polnischem oder jugoslawischem Vorbild beitragen kann oder ob die in Rußland heute noch vorherrschende Tradition der Unfehlbarkeit so fest verankert ist, daß die sowjetische Führung sich nicht von ihrer ideologischen Paranoia befreien kann. Heute ist

die Sowjetunion noch ‚vom Erfolgstaumel befallen‘. Bleibt der Westen jedoch stark und der Frieden für eine lange Periode erhalten, so wäre es denkbar, daß die schwachen, auf die Dauer jedoch unüberwindlichen Kräfte des normalen Menschentums sich durchsetzen werden.“

In Frankreich: Konzentration der nichtkommunistischen Linken

In Frankreich hat sich unter dem Namen *Parti Socialiste Unifié* (PSU) eine neue Partei gebildet, die den Versuch unternimmt, die Kräfte der nichtkommunistischen Linken - zu sammeln. Über die Ziele dieser „Vereinigten Sozialistischen Partei“ veröffentlicht *Günter Markscheffel*, der lange Jahre in Frankreich lebte und die dortigen Verhältnisse genau kennt, im *Vorwärts* (Nr. 15) einen sehr interessanten Bericht, aus dem wir zur Ergänzung unseres Frankreichberichtes auf S. 300 bis 302 folgendes zitieren:

„Entgegen von Meldungen, die zum Teil auch in der deutschen Presse ihren Niederschlag gefunden haben, ist die PSU *nicht* kommunistenfreundlich. Sie lehnt jede Form der Diktatur ab und befürwortet einen humanitären Sozialismus, wie ihn der große Führer des französischen Sozialismus, *Leon Blum*, nach dem zweiten Weltkrieg angestrebt hat.

Außenpolitisch setzt sich die neue Partei für die Überwindung der militärischen Blockpolitik und die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa ein. Sie fordert die Großmächte zur Einstellung der Atomwaffenversuche und zu einer allgemeinen Abrüstung auf. Regional begrenzte Abrüstungsmaßnahmen in Europa werden von der PSU als begrüßenswerte Schritte zur Entspannung bezeichnet.

Die PSU bekämpft die Fortsetzung des Algerienkrieges, fordert sofortige Waffenstillstandsverhandlungen und freie Wahlen in Algerien. Sie setzt sich für die Unabhängigkeit der entwicklungsfähigen Länder in Afrika und Asien ein und verurteilt jede Art von Kolonialismus.

Innenpolitisch spricht sich die PSU für die Aufrechterhaltung der Trennung von Kirche und Staat aus. Sie fordert die Beibehaltung und Demokratisierung der bereits vergesellschafteten Sektoren der Wirtschaft, die Kontrolle der Manager und Technokraten und in der Agrarwirtschaft die Ablösung der Subventionspolitik durch eine moderne Strukturpolitik.

Auf dem Gründungskongreß wurde mehrfach von der ‚drohenden Militärdiktatur in Frankreich‘ gesprochen. Um diese Gefahr abzuwenden, fordert die PSU alle Demokraten und Linksgruppen zur Bildung einer gemeinsamen Abwehrfront auf. Diese bedeutet aber

nicht die Rückkehr zur (Volksfront' aus dem Jahre 1936. Mehrfach wurde betont, daß die Abwehr der Militärdiktatur — falls sie notwendig werden sollte — eine ‚Aktionseinheit auf Zeit mit begrenzten Zielen' sein müsse.

Mit dieser Formulierung will die PSU andeuten, daß sie kein Zurück zur Dritten oder Vierten Republik wünscht und auch nicht eine Art Volksdemokratie' anstrebt. Ihre führenden Männer halten es jedoch für durchaus möglich, daß ein Linkskartell auf breitester Grundlage gebildet werden müsse, um nach einem ‚Scheitern des Experiments de Gaulle' das Absinken Frankreichs in eine klerikal-faschistische Diktatur zu verhindern.

Bemerkenswert ist auch die Absicht der PSU, die Schaffung einer von den politischen Parteien *unabhängigen Gewerkschaftsbewegung* zu fördern. Der von den Kommunisten gesteuerte Gewerkschaftsbund (CGT) hat in den Arbeitermassen an Ansehen verloren, seitdem sich der Verdacht regte, daß die Kommunisten mit Rücksicht auf Moskau versuchen, die sowjetisch-französische Freundschaft wiederzubeleben und in wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen auf der Stelle zu treten. Es könnte daher durchaus möglich sein, daß die PSU auch von den unzufriedenen Gewerkschaftlern her Zuwachs erhält.

In der französischen Presse wurde der Kongreß stark beachtet. Man mißt der neuen Partei im Hinblick auf eine Befruchtung der innenpolitischen Entwicklung Frankreichs eine gewisse Bedeutung bei. Die Führer der PSU sind sich bewußt, daß sie keine leichte Aufgabe übernommen haben, glauben jedoch, mit der Gründung der neuen Partei eine Entwicklung einzuleiten, die für die Erhaltung der Demokratie in Frankreich eine Notwendigkeit ist.“

„Freiheit, die wir meinen sollten“

Unter dieser Überschrift veröffentlicht *Egon Lutz*, der jetzt als Nachfolger von *Fritz Rück* die Gewerkschaftszeitung *Druck und Papier* redigiert, in Nr. 7 beherzigenswerte Betrachtungen, aus denen wir einige Absätze zitieren wollen:

„Wir leben in einem demokratischen Staat, der die Freiheit zu seinem Lebensprinzip gemacht haben sollte. Wir zählen uns zur freien Welt, und die Freiheit wird jeweils an hohen Feiertagen beschworen. Aber ist dies wirklich die Freiheit, die wir meinen sollten? So, wie sie geschrieben steht, ist sie nur ein volltönender Begriff, eine Floskel, eine Phrase. Soll die Staatsform, in der wir leben, wirklich frei sein, dann bedarf es mehr als schönen Geredes.

Freiheit kann unbequem, muß unbequem sein. Die Freiheit, die wir meinen sollten, ist nicht zuletzt auch die Freiheit der Andersdenkenden. Sie ist die Freiheit jener, die nicht bereit sind, ihre Meinung der herrschenden

Partei anzugleichen. Es scheint, als hätten wir diese Seite der Freiheit bereits weitgehend vergessen.

Kritik zu üben - ehrliche, besorgte Kritik - auch an der Obrigkeit, auch am Bundeskanzler, ist ein unabdingbares Recht in unserer Demokratie, wir sollten es eifersüchtig hüten . . . Aber wo gibt es so etwas noch bei uns? Ganz ohne Zwang, Zensur und Gefängnisstrafen ist diese Fähigkeit zur Kritik geschwunden und zu einem wohlgezogenen Gemurmel gedämpft worden . . . Was soll der übliche Hinweis auf den Osten und die dortigen Zustände? Eben weil dort die Freiheit außer Kurs gesetzt wurde, sind die Regierungen und Staatsparteien jeglicher Kritik entzogen. Hier kann man, darf man, sollte man noch den Mund aufmachen — aber man tut es nicht mehr. Es ist ein gefährlicher Weg, den wir steuern.

Es ist eine große Aufgabe, die auch und vor allem der Gewerkschaftspresse gestellt ist, der geistigen Verkümmernung Einhalt zu gebieten. Wir sollten die geistige Auseinandersetzung nicht scheuen. Mit dem Osten nicht und nicht im eigenen Land. Verklemmte Staatsbürger, die außer der Regierungsmeinung keine andere gelten lassen, passen nicht in eine Demokratie.

Die Freiheit, die wir meinen sollten, schließt die Bereitschaft ein, die gegnerische Auffassung zu achten und zu respektieren. Sie schließt die Fähigkeit ein, hart im Geben und hart im Nehmen zu sein. Sie bedingt vor allem ein ständiges Auseinandersetzen mit den geistigen Strömungen unserer Zeit. Gibt es eine schönere Aufgabe für eine Gewerkschaftszeitung, als diese Prinzipien zu respektieren?“

Als glänzende Illustration dieser Ausführungen von Egon Lutz lese man unbedingt im *Monat* (Heft 138) den Aufsatz, in dem *Matthias Walden* über die Geschichte der Fernsehsendung „Die schönsten Jahre meines Lebens?“ berichtet!

Hinweise

Die stets lesenswerte Monatsschrift *Neue Deutsche Hefte* veröffentlicht in Heft 67 eine ungemein gedankenreiche Arbeit „Unser Christentum — Soziologische Analyse“ von Prof. Dr. *Otto Heinrich von der Gablentz*. Wir müssen uns damit begnügen, die Schlußsätze dieser außerordentlich anregenden Untersuchung zu veröffentlichen, um damit unsere Leser nachdrücklich zur Lektüre der ganzen Arbeit anzuregen: „Ganz unwahrscheinlich ist eine Rechristianisierung auch nur der westlichen Gesellschaft, auch nur ihrer römisch-katholischen Gebiete. Hinter die Fundamentaldemokratisierung geht es nicht zurück. Auch Religion kann nur noch persönliches Bekenntnis sein. Ob das Christentum ein persönliches Bekenntnis der großen Mehrheit werden kann? Bis jetzt spricht keine Wahrscheinlichkeit da-

für, keine Unmöglichkeit dagegen. Ob es Bekenntnis einer geistig und gesellschaftlich führenden oder wenigstens zur Führungsschicht gehörenden Minderheit sein wird — etwa nach dem Beispiel der französischen Protestanten und nach der Vorstellung von T. S. Eliot — oder nur das Bekenntnis der Stillen im Lande? Beides ist denkbar und nicht unwahrscheinlich. Daß es gänzlich verschwindet, ist nach den Erfahrungen im Widerstand gegen die beiden Formen des totalen Staates sehr unwahrscheinlich.“

Ober Marokko und seine Wohnprobleme veröffentlicht unser Mitarbeiter Dr. *Wolf Donner* in den Monatsheften *Neue Heimat* (Nr. 3) einen sehr instruktiven, durch ein ungewöhnlich reiches Bildmaterial anschaulich illustrierten Aufsatz.

Die innenpolitische Entwicklung in manchen Entwicklungsländern, vor allem in Afrika, bereitet wegen ihrer Tendenzen zu neuen Dik-

taturformen den Demokraten in Europa Sorge. Gegenüber voreiliger, oft genug nicht legitimer Kritik bemerkt unser Mitarbeiter Dr. *J. W. Brügel* im *Volksrecht* (Zürich 1960, Nr. 74) sehr treffend: „Den Europäern steht es nicht zu, hier Schadenfreude zu bekunden oder sich enttäuscht von dem Emanzipationskampf Afrikas abzuwenden. Daß die Entwicklung in Afrika sich oft schmerzvoll vollzieht und vielfach neues Unrecht gebiert, kommt in der Weltgeschichte nicht zum ersten Mal beim Wegräumen überlebter Privilegien vor. Es ist weithin die Folge dessen, daß man in Europa sich zum Verzicht auf die Kolonialherrschaft erst entschlossen hat, als kaum noch eine andere Wahl blieb. Die Sünden der Kolonialisten werden sich noch lange rächen. Nur freundschaftliche, aktive und selbstlose Teilnahme kann helfen, manche der Härten abzuschleifen, unter denen sich das Erwachen der Kolonialvölker vollzieht.“

W. F.